

Zum Worte ist niemand gemeldet, die Debatte ist geschlossen. Der Referent hat das Schlusswort.

Berichterstatter G. Schwer: Ich möchte zu den Ausführungen des verehrten Herrn Kollegen nur bemerken, daß es tatsächlich der Fall ist, daß die Feuerwehr noch eine 72stündige Dienstzeit hat. Das erklärt sich aber aus dem Mangel an Leuten, der bestanden hat. Es ist jetzt schon eine Vorlage, wie ich mitteilen kann, in Vorbereitung — ich habe selbst an den Beratungen teilgenommen — welche, und zwar über Auftrag Seiner Exzellenz des Herrn Bürgermeisters im wohlwollendsten Sinne den Wünschen der Feuerwehrleute Rechnung tragen wird. Ich bitte, dies gütigst zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte die Damen und Herren, welche dem Antrage des Herrn Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluß: Die Bewilligung eines weiteren Vorschusses von 20.000 K zum Ankaufe von Lebensmitteln für die städtische Feuerwehr wird erteilt.

54. Berichterstatter G. Schwer: Zahl 11081, Post Nr. 11, betrifft die Beförderung verunglückter und kranker Tiere durch die städtische Feuerwehr.

Bis zum Jahre 1917 waren es ungefähr 500 Stück Pferde und Kühe, die in den Straßen Wiens verunglückten und befördert werden mußten. Diese Zahl hat sich im Jahre 1917 bereits auf 2052 erhöht und es ist eine Notwendigkeit gewesen, daß im Hinblick auf die ganz bedeutenden Kosten dieser Tiertransportwagen und die Kosten des Transportes überhaupt eine entsprechende Erhöhung der Gebühren für die Mannschaften sowie auch jener Gebühren, welche die einzelnen Parteien für den Abtransport der Pferde entrichten müssen, eintrete. Diese Gebühren finden Sie in dem Antrage, der Ihnen vorliegt, verzeichnet. Der Antrag ist zweifellos zeitgerecht und ich bitte daher um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Wird eine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Der Antrag ist genehmigt.

Beschluß: 1. Den mit der Bedienung der Tierrettungswagen betrauten städtischen Feuerwehrbediensteten werden vom 1. Jänner 1918 an Zulagen in der Höhe von 50 h und 1 K für jede Ausfahrt bewilligt, je nachdem es sich um die Beförderung verunglückter und auf der Straße liegender oder in Privatstallungen befindlicher kranker Tiere handelt.

2. Die mit den Stadtrats-Beschlüssen vom 12. November 1909, Z. 16311/09, und vom 12. Jänner 1910, Z. 19348/09, festgesetzten, von den Tiereigentümern zu entrichtenden Entschädigungen für die Beförderungen von erkrankten Tieren aus Privatstallungen werden bis auf weiteres folgendermaßen festgesetzt: Für Beförderungen aus dem 1. bis 11. Bezirk 40 K, aus dem 12. Bezirk mit Ausnahme von Altmannsdorf und Hezendorf, aus dem 14., 15., 16. und 20. Bezirk sowie aus den Bezirksteilen Hernals, Währing und Ober-Döbling 50 K; aus dem 13. und 21. Bezirk, ferner aus den Bezirksteilen Altmannsdorf und Hezendorf und den

restlichen Teilen des 17., 18. und 19. Bezirkes 60 K. Für die Beigabe einer zweiten Begleitperson ist keine besondere Entschädigung zu berechnen.

Bürgermeister: Ich ersuche den Herrn G. Spalowsky zum Referate.

55. Berichterstatter G. Spalowsky: Zahl 11673, Post 12. Bewilligung eines Kredites von 500.000 K zur Vinderung der Möbelnot.

Meine Damen und Herren! Während des Krieges hat sich auf dem Gebiete der Möbelproduktion ein sehr wesentlicher Rückgang eingestellt. Dieser Rückgang hat dazu geführt, daß ein vollständiger Mangel, insbesondere an neuen Möbeln, zu konstatieren war. Es haben auch hier die Kriegsverhältnisse insofern mitgewirkt, daß die Möbelindustrie, insofern sie noch arbeiten konnte, sich auf die lukrativere Herstellung von Möbeln für die bemittelten Kreise geworfen hat, während diejenigen Möbel und Einrichtungsstücke, die für den Arbeiter- und Mittelstand bestimmt waren, während des Krieges in ganz bedeutend geringeren Mengen erzeugt wurden, als der Bedarf vorhanden war.

Hand in Hand mit diesem Mangel hat sich eine Verteuerung der Möbel eingestellt, die es vielen Haushaltungen und insbesondere vielen Ehepaaren, die erst in den Ehestand getreten waren, unmöglich gemacht haben, sich die notwendigen Einrichtungen zu beschaffen. Es haben diese Schwierigkeiten wiederholt zu öffentlichen Erörterungen geführt und die Gemeinde Wien hat durch ihr städtisches Wohlfahrtsamt dieser Sache das größte Augenmerk zugewendet. Es hat auch darüber eine Reihe von Beratungen stattgefunden. In diesen Beratungen wurde von Seite des Stadtrates vor $\frac{1}{4}$ Jahren ein Komitee eingesetzt, das die Aufgabe hatte, diese Frage weiter zu verfolgen. Dieses Stadtrats-Komitee war ursprünglich der Meinung, daß durch die Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, einer Produktions-Genossenschaft, welche einerseits aus dem Kreise der gewerblichen Genossenschaften und andererseits aus Vertretern der verschiedenen Konsumentenorganisationen gebildet werden sollte, diese Frage einer Lösung zugeführt werden könne. Es war andererseits das Bestreben der Gemeinde, die Produktions-schwierigkeiten dadurch zu beheben, daß durch die Einflußnahme auf die einzelnen staatlichen Stellen, insbesondere auf die militärischen Stellen, die Freigabe der notwendigen Rohmaterialien, insbesondere aber von Holz und Leim, erwirkt werde. Die Verhandlungen, die dieses Komitee mit den einzelnen Interessentenkreisen geführt hat, waren, wie erwähnt, sehr schwierig und haben leider Gottes zu einem Resultate nicht geführt.

Auch bezüglich der Durchführung wurden eingehende Informationen, insbesondere bei den deutschen Städten im Reiche, eingeholt, und das Stadtrats-Komitee ist schließlich, da die Gründung einer solchen Gesellschaft m. b. H. sich infolge der Interessellosigkeit der beteiligten Kreise als unmöglich herausgestellt hat, dazugekommen, zunächst einmal nach dem Muster der deutschen Städte eine Sammlung von alten Möbeln durchzuführen. Diese Sammlung hat aber merkwürdigerweise ebenso wie in Deutschland ein sehr geringes Resultat ergeben. Die Kreise, die in der Lage gewesen wären, insbesondere die besser-bemittelten Kreise, haben sehr wenig Möbelstücke zur Verfügung